

# **Digitales Brandenburg**

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

## **Geschichte der neuesten Zeit**

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

**Bulle, Constantin**

**Berlin, 1888**

Deutschlands kleinere Nachbarstaaten und internationale Stellung.

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504**

wenn Bismarcks Politik gelegentlich auch dem Zarenreiche sich wieder näherte, so bot sie doch selbst in solchen Momenten die Gewähr, daß sie damit keine Preisgabe der österreichischen Allianz bezwecke. Jedemfalls war es für die Ungarn weit leichter dem Lenker der deutschen Politik Vertrauen entgegenzutragen als für die deutsche Opposition in Cisleithanien.

### Deutschlands kleinere Nachbarstaaten und internationale Stellung.

Daß Fürst Bismarck bei der wachsenden Entfremdung zwischen Rußland und Osterreich, die durch den Entwicklungsgang der orientalischen Frage herbeigeführt wurde, die Partei des letzteren zu nehmen entschlossen sei, hatten die Kongreßverhandlungen schon erkennen lassen. Die engen Beziehungen, die zwischen ihm und Andrassy bestanden, zu pflegen war während des Kongresses Prinz Reuß, der bisherige Botschafter in Konstantinopel, nach Wien versetzt worden. Der erste Erfolg, den er erzielte, war ein Vertrag vom 11. Oktober 1878, durch welchen die von Preußen 1866 übernommene Verpflichtung die nördlichen Distrikte Schlesiens, wenn die Bevölkerung durch freie Abstimmung diesen Wunsch ausdrücke, an Dänemark zurückzugeben aufgehoben wurde. Die Veröffentlichung dieses Vertrages erfolgte erst im Februar 1879, bald nach der Vermählung der Prinzessin Thyra von Dänemark mit dem Herzog von Cumberland, dem vormaligen hannoverschen Kronprinzen, der nach dem Tode seines Vaters Georgs V. (am 12. Juni 1878) seine Rechte auf Hannover feierlich verwahrt hatte und nun Schwager der Thronfolgerin von England und Rußland geworden war. Daß die weltliche Deputation, die zu der Hochzeitsfeier nach Kopenhagen kam, dort bei Hofe demonstrativ ausgezeichnet wurde, galt als die Veranlassung der überraschenden Veröffentlichung des bisher geheim gehaltenen Vertrages; neue Verhandlungen, die Dänemark anknüpfen wollte, wurden von Bismarck kurzerhand abgelehnt. Die nächste Folge war eine ziemlich große Gereiztheit zwischen beiden Völkern; doch lenkten die Dänen bald ein, und der Besuch, den das Königspaar im November 1879 in Berlin abstattete, wo seit 1840 kein Mitglied des dänischen Herrscherhauses gewesen war, legte Zeugnis von dem ernstlichen Wunsche vollständiger Ausöhnung ab.

**Dänemar:** Die inneren Zustände Dänemarks, deren an dieser Stelle in Kürze gedacht werden mag, waren äußerst unerfreulicher Art. Schon seit 1872 verfügte die Linke, die sog. Bauernfreunde, im Volks Hause über die Mehrheit und lag mit dem nationalliberalen Ministerium des Grafen Holstein-Holstenburg und mit der Mehrheit des Oberhauses in unablässigen Streit; aber trotz aller Adressen, Budgetverweigerungen und Mißtrauensvoten auf der einen, und trotz wiederholter Auflösungen auf

Die nordschleswigsche Frage.

Der dänische Hof und die Welfen.

De  
der ander  
systems o  
Komprom  
trat an  
Platz Es  
rechts, w  
Centrum  
das Bud  
in neuen  
günstiger  
der radi  
Holstein  
beiden G  
es der D  
bringen.  
gleich di  
Erlaß e  
die gege  
sident, r  
zu sechs  
denten G  
öffentlic  
diese ve  
und Ve  
gemilber  
Ni  
Hier w  
vertretu  
oft erf  
Frage  
die Lan  
ratunge  
dagegen  
wenn i  
Weit en  
der Pr  
Ministe  
von de  
1872  
die Ver  
ein vo  
Vetos  
gegen,  
Wortle  
königli

der anderen Seite kam es weder zum Sturze des herrschenden Regierungssystems oder zu einer anderen Mehrheit im Volkshaufe, noch zu einem Kompromiß. Die Ministerien wechselten allerdings; im Sommer 1874 trat an Graf Holsteins Stelle Fonnesbech, im Mai 1875 an dessen Platz Estrup; aber das bedeutete nur eine Verschiebung weiter nach rechts, während die Opposition immer entschiedener wurde und auch das Centrum zu sich herüberzog. Wiederholt setzte der König eigenmächtig das Budget durch Verordnung in Kraft und suchte immer wieder Hilfe in neuen Auflösungen; zeitweilig gestalteten sich die Aussichten für ihn günstiger, da es in der Session von 1877/78 zu einem Bruche zwischen der radikalen Opposition unter Berg und der gemäßigten unter Graf Holstein-Ledreborg kam; allein schon im nächsten Jahre söhnten sich die beiden Gruppen wieder aus und nur mit größter Schwierigkeit gelang es der Regierung irgend welche Gesetzesvorlagen zur Verabschiedung zu bringen. Von Jahr zu Jahr steigerte sich der Konflikt und wuchs zugleich die Mehrheit der Linken. Im Jahre 1885 erfolgte abermals der Erlaß eines Budgetgesetzes ohne Genehmigung durch das Volkshaus; die gegenseitige Erbitterung erreichte den höchsten Grad; Berg, der Präsident, und Hörup, der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, wurden zu sechsmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt; gegen den Ministerpräsidenten Estrup wurde ein Attentat unternommen; das Ministerium veröffentlichte eine Reihe von Gesetzen ohne Zustimmung der Volksvertretung, diese verweigerte bei ihrem Zusammentritt die Genehmigung in Bausch und Bogen: kurz der dreizehnjährige Konflikt wurde in keiner Weise gemildert und dauert bis zum heutigen Tage fort.

Nicht minder heftig war der parlamentarische Streit in Norwegen. <sup>Norwegen.</sup> Hier war es nach der Verfassung den Ministern verboten in der Volksvertretung zu erscheinen. In früheren Jahren hatte die Regierung sich oft erfolglos bemüht diese Bestimmung zu beseitigen; dann hatte die Frage geruht, bis 1872 unter völliger Vertauschung der früheren Rollen die Landesvertretung beschloß die Teilnahme der Minister an ihren Beratungen zu fordern und diese hingegen den König vermochten sein Veto dagegen einzulegen und nur dann die Gewährung in Aussicht zu stellen, wenn ihm dagegen das Recht eingeräumt werde den Landtag aufzulösen. Weit entfernt darauf einzugehen, antwortete die Mehrheit, an deren Spitze der Präsident Swerdrup stand, mit dem Ersuchen an den König das Ministerium Stang zu entlassen, und da dieses erfolglos blieb, wurde von den beiden folgenden Storthings 1874 und 1877 der Beschluß von 1872 wiederholt, so daß nach der Auffassung der Liberalen nunmehr die Verfassungsbestimmung zur Anwendung kommen mußte, nach welcher ein von drei Storthings beschlossenes Gesetz auch trotz des königlichen Vetos Gültigkeit erlange. Indes auch dem trat das Ministerium entgegen, indem es sich teils darauf stützte, daß die drei Beschlüsse im Wortlaute nicht übereinstimmten, teils behauptete, daß der Ausschluß des königlichen Vetos nur für gewöhnliche Gesetze, nicht für Verfassungs-

änderungen statthaft sei. Der Streit blieb unerledigt, bis im Februar 1880 abermals ein neugewähltes Storting zusammentrat und den früheren Beschluß wiederholte. Darauf nahm der Minister Stang seine Entlassung und wurde durch den Staatsrat Selmer ersetzt, der aber durchaus an dem Standpunkte seines Vorgängers festhielt. Im Jahre 1883 kam es endlich zu einem förmlichen Staatsprozeß gegen Selmer, der im März 1884 mit seiner Verurteilung endete. Der König fügte sich nun unter Protest darein ihn zu entlassen und übertrug nach einigem Schwanken im Juni Sverdrup die Leitung des Staates. Der Triumph der radikalen Bauernpartei war vollkommen und der republikanische Charakter der norwegischen Verfassung außer Frage gestellt; nur dem Namen nach stand der König an der Spitze des Staates.

Schweden.

Auch in Schweden war die Opposition außerordentlich stark und gerade wie in Dänemark und Norwegen vorwiegend eine Bauernpartei, mit welcher die städtische Bevölkerung wenig sympathisierte. Der Kampf drehte sich vorzugsweise um die Reform des Militärwesens. König Oskar II., der am 18. September 1872 seinem Bruder Karl XV. auf dem Thron gefolgt war, hatte ihn bereits von seinem Vorgänger übernommen, allein es wollte auch ihm nicht gelingen eine Verständigung mit der Opposition zu erreichen. Im April 1880 kam er derselben einen großen Schritt dadurch entgegen, daß er die Entlassung des bisherigen Ministerpräsidenten de Geer genehmigte und die Leitung des Staates dem demokratisch gesinnten Grafen Arved Posse übertrug. Aber auch dieser vermochte die schwierige Frage trotz dreijähriger Bemühungen der Lösung nicht näher zu bringen und schied deshalb im Mai 1883 wieder aus dem Amte. Sein Nachfolger Thyselius gab den Versuch schon nach Jahresfrist wieder auf und dem Finanzminister Themptander, der ihn ersetzte, wurde die Aufgabe noch mehr erschwert, da die Neuwahlen im Herbst 1884 die Linke noch mehr verstärkten und selbst Stockholm oppositionell wählte. Dennoch brachte er im Mai 1885 wenigstens ein wichtiges Bruchstück der Militärvorlagen, ein Gesetz über die Dauer der Dienstpflicht, zustande, freilich nur unter starker Beschränkung der Regierungsforderungen. Das Sparsamkeitssystem, dem die Landesvertretung im alleräußersten Maße huldigte, hatte wenigstens die gute Folge, daß die Finanzlage sich nach und nach recht günstig gestaltete. In der auswärtigen Politik spielte Schweden so gut wie gar keine Rolle; doch fuhr der König unausgesetzt fort seine persönlichen Sympathien für Deutschland zu bekunden, und die Vermählung seines Sohnes mit einer Enkelin des deutschen Kaisers, der Prinzessin Viktoria von Baden, im Jahre 1881 war natürlich nur geeignet die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern noch mehr zu befestigen.

Holland.

Auch in Holland hatte sich das Mißtrauen gegen den mächtigen Nachbar allmählich gelegt; an mancherlei Sorgen fehlte es dem kleinen Königreiche jedoch nicht. Seine ostindischen Besitzungen hatten es 1873 in einen Krieg mit dem Sultan von Atchin verwickelt, der mit einem

Der  
schweren  
und auch  
Kraton,  
in die Län  
10 000 T  
zusehen.  
so sicher  
an die S  
lichen Aus  
die 1874  
bahnen, d  
lastet; au  
der Konf  
worden n  
dem Staa  
Kammer  
verschiede  
Kabinetts  
später üb  
die Leitun  
an deren  
1883 bill  
Diesem I  
folgefrag  
Wilhelm  
dagegen  
Waldeck,  
Nachfolg  
berechtigt  
Weimar.  
vertrages  
Herzog  
Einwend  
Luxembu  
borenen  
In  
Konflikte  
in den  
man ihn  
kam. V  
Mehrheit  
Könige  
nun der  
es 1879  
unabhän

schweren Mißerfolge und dem Abzug des ersten Expeditionsheeres begann und auch nach der Erstürmung der festen Punkte des Feindes, des sog. Kraton, durch den General von Swieten (Anfang 1874) sich unablässig in die Länge schleppte. Schon Ende 1876 schätzte man die Opfer auf 10 000 Tote und 100 Millionen Gulden und doch war kein Ende abzusehen. Die blühenden indischen Finanzen, auf welche das Mutterland so sicher zu rechnen gewohnt war, ließen es immer mehr im Stich und an die Stelle der Überschüsse trat ein Defizit. Mit großen außerordentlichen Ausgaben wurde das Land durch die kostspieligen Festungsbauten, die 1874 beschlossen waren, durch die Anlage von Kanälen und Eisenbahnen, die sich doch nur allmählich und indirekt verzinsen konnten, belastet; auch die Neuordnung des Volksschulwesens, die durch die Frage der Konfessionslosigkeit ein Hauptstreitpunkt zwischen den Parteien geworden war und 1878 mit dem Siege der Liberalen geendet hatte, legte dem Staate erhebliche Mehrleistungen auf. Die Mehrheit in der zweiten Kammer und damit auch die Zusammensetzung des Ministeriums schwankte verschiedentlich hin und her. 1874 trat an die Stelle des liberalen Kabinetts de Bries der gemäßigt konservative Heemskerk; drei Jahre später übernahmen wieder die Liberalen unter Kappeyne van de Copello die Leitung, machten jedoch schon im August 1879 einer Fusionsregierung, an deren Spitze der konservative van Lynden stand, Platz, und im Mai 1883 bildete endlich Heemskerk wieder ein ganz konservatives Ministerium. Diesem lag insbesondere auch die Ordnung der Regentchafts- und Erbfolgefrage ob. Der König hatte seine beiden einzigen Söhne, den Prinzen Wilhelm 1879, den Prinzen Alexander 1884, durch den Tod verloren; dagegen hatte ihm seine zweite Gemahlin, die Prinzessin Emma von Waldeck, mit der er sich 1879 vermählte, eine Tochter geboren, deren Nachfolgerecht nun anerkannt wurde; starb auch sie, so war der bestberechtigte Erbe der Schwestersohn des Königs, der Großherzog von Weimar. In Luxemburg dagegen mußte auf Grund eines Familienvertrages von 1783 beim Abgang eines männlichen Erben der frühere Herzog Adolf von Nassau folgen, wogegen auch von Preußen keine Einwendungen erhoben wurden; die Lösung der Personalunion zwischen Luxemburg und Holland trat also bei dem hohen Alter des 1817 geborenen Königs in nahe Aussicht.

In Belgien behauptete sich das ultramontane Ministerium, dessen Konflikte mit der deutschen Regierung früher erzählt worden sind, bis in den Sommer 1878 an der Regierung. Die wichtigste Reform, die man ihm zu danken hatte, war ein neues Wahlgesetz, das 1877 zustande kam. Auf Grund desselben gewannen die Liberalen im Juni 1878 die Mehrheit in beiden Kammern und ihr Führer Frère-Orban wurde vom Könige mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut. Dieses griff nun den klerikalen Einfluß an dem verwundbarsten Punkte an, indem es 1879 ein Elementarschulgesetz durchbrachte, das die Volksschule ganz unabhängig von der Kirche machte. Dagegen traten denn nun die Bi-

Belgien.

schöfe mit den schärfsten Waffen auf, indem sie allen Lehrern dieser Schulen die Verweigerung der Absolution ankündigten und durch dasselbe Mittel die Eltern zu zwingen suchten ihre Kinder den geistlichen Privatschulen zu übergeben, was auch in großem Maße geschah. Den parlamentarischen Vertretern des Ultramontanismus ging dieser Eifer viel zu weit und ihr Führer Malou wandte sich vertraulich an die Kurie um dem verheerenden Treiben Einhalt zu thun. In der That erfolgten darauf Mahnungen des Papstes zur Mäßigung, wodurch zugleich erreicht wurde, daß die belgische Gesandtschaft beim Vatikan erhalten blieb. Allein beim Fortgang des Streites gewannen andere Einflüsse beim Papste die Oberhand, er belobte die Haltung der Bischöfe nachdrücklich und die kuriale Diplomatie suchte den unverkennbaren Widerspruch durch sophistische Erklärungen wegzudeuten. Darüber kam es denn zum vollen Bruch zwischen Belgien und dem Vatikan, der gerade während des Unabhängigkeitsjubiläums, das im Sommer 1880 mit großem Pomp gefeiert wurde, in einer päpstlichen Allocution vom 20. August offen an den Tag trat. Das Ministerium führte den Kampf mit großer Schneidigkeit, zwang die Gemeinde- und Provinzialvertretungen zur Bewilligung der nötigen Gelder für die neuen Schulen und enthüllte das Treiben der Klerikalen und die Mangelhaftigkeit ihrer „freien“ Schulen vornehmlich durch den Bericht einer 1880 niedergesetzten parlamentarischen Untersuchungskommission. Gleichwohl verschlechterte sich seine Stellung, weil in zahlreichen Gemeinden der finanzielle Druck der neuen Schullasten bitter empfunden wurde; auch eine Erweiterung des Wahlrechts, welche allen, die in einer Prüfung bestimmte Kenntnisse nachwiesen, zu gute kam, vermehrte wider Erwarten den Anhang der Ultramontanen, und überdies trennten sich die Radikalen von den Liberalen und bekämpften die letzteren besonders in Brüssel. Die Folge war, daß bei den Neuwahlen im Juni 1884 die klerikale Rechte nicht weniger als 26 Sitze (allein 16 in Brüssel) gewann und über eine Mehrheit von 32 Stimmen gebot. Natürlich trat nun ein völliger Umschwung ein. Malou übernahm am 17. Juni die Leitung des Staates, löste den Senat auf, der bei der Neuwahl dann auch eine klerikale Mehrheit von 17 Stimmen erhielt, und brachte ein neues Schulgesetz ein, dessen wichtigster Punkt war, daß den Gemeinden gestattet wurde statt selbst eine Schule zu unterhalten eine sogenannte freie, d. h. kirchliche Schule als Gemeindeschule anzuerkennen. Heftige Kundgebungen gegen dieses Gesetz, die den König von der Genehmigung abhalten sollten, blieben gegenüber der konstitutionellen Gefinnung des Monarchen durchaus erfolglos; auf dem Lande beeilten sich zahlreiche Gemeinderäte ihre kaum begründeten Schulen wieder zu schließen und an deren Stelle die geistlichen Anstalten zu setzen, die ihnen nichts kosteten; in den Städten freilich behaupteten sich ganz überwiegend die Liberalen am Ruder und erhielten natürlich die öffentlichen Schulen in Wirklichkeit. Der Versuch des Ministeriums durch allgemeine Neuwahl der Gemeinderäte den Liberalismus noch mehr zurückzudrängen

Der  
schlug voll  
änderung  
1884 erst  
Beernaert  
die Kam  
welche de  
Kongosta  
wird, we  
In  
Jahren s  
erhebliche  
konferenz  
gegen Lu  
Geistliche  
kündigten  
1874 ein  
Maßrege  
eigenmäc  
Vorgehen  
zember 1  
daß der  
erhielt ei  
kannten,  
des Ber  
hatte de  
seinen H  
Klerikale  
ralen ei  
dadurch  
Ein erst  
heit von  
allein in  
etwa 34  
anderem  
30 000  
für Ber  
verlangt  
konnte  
eine Ne  
Jahre d  
Bunde,  
auch ei  
260 000  
allgeme  
Central

schlug völlig fehl und veranlaßte sogar den König eine teilweise Veränderung des Ministeriums vorzuschlagen, die denn auch am 26. Oktober 1884 erfolgte: Malou trat mit zwei Kollegen zurück und der gemäßigte Beernaert übernahm das Präsidium. Unter seinen Auspizien genehmigten die Kammern im folgenden Jahre nahezu einstimmig die Vorlage, durch welche der König ermächtigt wurde die Würde eines Souveräns des Kongostaates anzunehmen, der, wie an anderer Stelle zu erwähnen sein wird, wesentlich durch seine Bemühungen ins Leben gerufen war.

In der Schweiz hatte die ultramontane Partei in den siebziger Jahren schwere Niederlagen erlitten. Der Ultrakatholizismus gewann eine erhebliche Verbreitung und unter seinem Einfluß beschloß die Diözesankonferenz des Bistums Solothurn mit den Stimmen von 5 Kantonen gegen Luzern und Zug die Absetzung des Bischofs Lachat. Gegen die Geistlichen im Jura, welche der Berner Regierung den Gehorsam aufkündigten, schritt diese mit großer Schärfe ein und brachte im Januar 1874 ein neues Kirchengesetz durch Volksabstimmung zustande. Ähnliche Maßregeln ergriff der Kanton Genf im Kampfe mit dem vom Papste eigenmächtig ernannten Bischof Mermillod; der Bundesrat billigte dies Vorgehen, wies den Bischof aus der Schweiz aus und brach Ende Dezember 1873 auch die diplomatische Verbindung mit der Kurie ab, so daß der Nuntius Agnozzi Luzern verlassen mußte. Der Ultrakatholizismus erhielt eine synodale Organisation, zu der sich etwa 75 000 Seelen bekannten, und einen vom Bundesrat anerkannten Bischof in der Person des Berner Professors Herzog. Um diese Zeit, d. h. im Juni 1876 hatte der religiöse Kampf wie in Deutschland so auch in der Schweiz seinen Höhepunkt bereits überschritten. Der ungesetzliche Widerstand der Klerikalen war schon seit Mitte 1874 schwächer geworden, als die Liberalen eine umfassende Revision der Bundesverfassung durchgesetzt und dadurch eine bedeutende Verstärkung der Centralgewalt erreicht hatten. Ein erster Anlauf dazu war mißlungen, da im Mai 1872 eine Mehrheit von 6000 Stimmen bei 516 000 Wotanten die Reform ablehnte; allein im April 1873 wurde der nur wenig abgeschwächte Entwurf mit etwa 340 000 gegen 200 000 Stimmen angenommen. Er führte unter anderem auch das sog. Referendum ein, wonach acht Kantone oder 30 000 Bürger das Recht hatten für jedes neue Gesetz (was bisher nur für Verfassungsänderungen galt) eine allgemeine Volksabstimmung zu verlangen; auch die Aufhebung bestehender oder der Erlaß neuer Gesetze konnte auf demselben Wege einem Plebisit unterworfen werden. In eine Reihe von Kantonalverfassungen wurden im Laufe der nächsten Jahre ähnliche Bestimmungen eingefügt und von denselben, wie auch im Bunde, ein sehr umfassender Gebrauch gemacht. Schon 1880 wurde auch eine neue Revision der Bundesverfassung verlangt, allein mit 260 000 gegen 120 000 Stimmen abgelehnt. Überhaupt zeigte sich das allgemeine Stimmrecht im ganzen sehr konservativ und auch der strafferen Centralisierung, die im allgemeinen von dem herrschenden Liberalismus

angestrebt wurde, wenig geneigt, so daß die Konservativen und Ultramontanen sich mit dem Gedanken trugen das Referendum für alle Gesetze obligatorisch zu machen. Den Einzelheiten der inneren Gesetzgebung oder gar dem Parteihader in den Kantonen nachzugehen verbietet sich durch das geringe Interesse, das damit verbunden ist. Nur insofern war das Ausland lebhafter an diesen inneren Vorgängen beteiligt, als der Bundesrat und die Kantonsregierungen kräftig gegen das Treiben der Anarchisten einschritten, die von der Schweiz aus ihre Zerstörungspläne ins Werk zu richten suchten. Wie in diesem Punkte, so folgte die Eidgenossenschaft auch im übrigen der großen Strömung, die durch ganz Europa ging und besonders auch den Anregungen, die von Deutschland kamen, womit nicht ausgeschlossen war, daß sie in dieser oder jener Frage Kühner auf neue Bahnen einlenkte, als man in größeren Staaten wagen mochte. Der Kulturkampf ließ seit Leo's XIII. Wahl immer mehr nach; die Ultramontanen entschlossen sich da, wo sie auf eine Mehrheit hoffen durften, die staatlichen Gesetze anzuerkennen und gewannen dadurch wieder Boden; in anderen Fällen wurden Kompromisse geschlossen; so willigte der Papst ein, daß Bischof Lachat zum apostolischen Vikar in Tessin ernannt wurde, während er in Solothurn im Einverständnis mit den Kantonen den Domherrn Fiala zum Bischof erhob; auch Mermillod wurde schließlich Bischof von Freiburg, wogegen die Ultramontanen den Plan einer besonderen Genfer Diözese fallen ließen. Die soziale Gesetzgebung bewegte sich in derselben Richtung wie in Deutschland; mit der Einführung des Normalarbeitstages und des Branntweinmonopols eilte die Schweiz den übrigen Ländern voraus, doch konnten ihre Erfahrungen in dem erstgenannten Punkte nicht gerade zur Nachahmung verlocken; in dem zweiten solche zu sammeln gestattete die Kürze der Zeit bisher noch nicht. Die schutzöllnerischen Bestrebungen machten sich in der Eidgenossenschaft ebenso bemerklich wie überall in Europa und fanden auch hier ihre besten Argumente in der Notwendigkeit die Schläge, welche die Schweizer Industrie durch die Tarifierhöhungen in anderen Staaten erleide, durch Erschwerung der Einfuhr aus diesen Staaten zu parieren. Auch dem Deutschen Reiche gegenüber konnte diese Politik des wirtschaftlichen Kampfes auf die Dauer nicht ausbleiben, da zwischen beiden Ländern nur ein Meistbegünstigungsvertrag bestand und auch dieser schon am 31. Dezember 1879 gekündigt wurde.

Deutschland  
und Osterreich.

Auch für die guten Beziehungen Deutschlands zu Osterreich lag in dem Gegensatz der handelspolitischen Interessen eine ernste Gefahr, die sich bei den schutzöllnerischen Tendenzen beider Länder nur mit Mühe bekämpfen ließ. Wenn man gehofft hatte während der Dauer eines Meistbegünstigungsvertrages, der für das Jahr 1879 abgeschlossen war, zur Vereinbarung eines umfassenden Handelsvertrages zu gelangen, so trog diese Erwartung, und auch alle späteren Verhandlungen führten zu nichts anderem als zu immer neuer Verlängerung des Provisoriums. Daß diese Enttäuschungen nicht eine weitergreifende Entfremdung im

D  
Gefolge  
tischen B  
gegossen  
kam von  
1879 ga  
schaft er  
liebängel  
Generals  
Monarch  
den Wü  
mark.  
lebhaft  
hielt un  
anzufrie  
hatte F  
erwähnt  
über da  
den Auf  
der beid  
tember  
Zusamm  
wie Bis  
Baden  
seit Ma  
Deutsch  
strativer  
Zusamm  
mont se  
ihn bee  
Wieder  
sei. F  
lich sein  
empfan  
dem Be  
zunächst  
stipulie  
auch dr  
einer R  
die öst  
auf die  
mung  
genom  
das B  
überze  
berg, d  
keit am  
811

Gefolge hatten, war dem glücklichen Umstande zu danken, daß die politischen Beziehungen beider Staaten zu einander im Herbst 1879 in Formen gegossen waren, die jeder Sprengung Troß boten. Der Anstoß dazu kam von der wachsenden Spannung mit Rußland. Schon im Frühjahr 1879 gaben offizielle Preßstimmen zu verstehen, daß die alte Freundschaft erschüttert sei, daß Gortschakoff mit einer französischen Allianz liebäugle; ein Toast des deutschen Botschafters in Petersburg, des Generals Schweinitz, der die, welche an der Freundschaft der beiden Monarchen zu rütteln wagten, Vermessene nannte, entsprach wohl mehr den Wünschen des Kaisers Wilhelm als der Meinung des Fürsten Bismarck. Daß der Monarch die Aufrechthaltung der alten Beziehungen lebhaft wünschte und mit seines Kanzlers Politik, die das für unmöglich hielt und sich deshalb auf ein Defensivbündnis mit Österreich richtete, unzufrieden war, trat je länger, um so deutlicher hervor. Denn kaum hatte Fürst Bismarck am 28. August 1879 in Gastein in der früher erwähnten Zusammenkunft mit Andrassy eine vorläufige Verständigung über das Bündnis getroffen, so erhielt Generalfeldmarschall Manteuffel den Auftrag zum Zaren nach Warschau zu reisen und eine Begegnung der beiden Monarchen vorzuschlagen. Telegraphisch wurden am 1. September die nötigen Verabredungen getroffen, und schon am 3. fand die Zusammenkunft auf russischem Boden in Alexandrowo statt. Unzufrieden, wie Bismarck damit sein mochte, war Gortschakoff, der damals in Baden-Baden verweilte, doch noch weniger darüber erfreut. Hatte er schon seit Monaten der russischen Presse die größte Freiheit zu Angriffen auf Deutschland gestattet und den französischen Botschafter Chanzy mit demonstrativer Auszeichnung behandelt, so schüttete er jetzt, drei Tage nach der Zusammenkunft von Alexandrowo, dem französischen Journalisten Peyramont sein Herz aus über die Feindschaft, mit welcher der deutsche Kanzler ihn beehre, und die innige Liebe, die er für Frankreich hege, dessen Wiedereintritt in den ihm gebührenden Platz ein Interesse ersten Ranges sei. Für Bismarcks Politik konnten diese Offenherzigkeiten nur förderlich sein; am 21. September traf er in Wien ein, wurde vom Kaiser empfangen und erhielt vor seiner Abreise am 24. dessen Zustimmung zu dem Vertragsprotokoll, das er mit Andrassy unterzeichnet hatte und das zunächst für fünf Jahre den gegenseitigen Beistand in bestimmten Fällen stipulierte. Bismarcks Meinung war sogar dahingegangen den Vertrag auch durch die Parlamente genehmigen zu lassen und ihm so den Charakter einer Bundesverfassung zu geben; doch hielt Andrassy im Hinblick auf die österreichischen Zustände das für unzweckmäßig, und der Fürst kam auf die Idee nicht offiziell zurück. Nun galt es aber noch die Zustimmung des deutschen Kaisers, der seinen Herbstaufenthalt in Baden-Baden genommen hatte, zu erwirken. Im Auftrage des Staatsministeriums, das Bismarck in einer großen Rede von der Notwendigkeit seiner Politik überzeugt hatte, begab sich der Stellvertreter des Kanzlers, Graf Stolberg, dorthin und erhielt denn auch nach Überwindung mancher Schwierigkeit am 15. Oktober 1879 die Unterschrift des Monarchen, der einerseits den

Deutschland  
und Rußland.Zusammen-  
kunft in Alexan-  
drowo.Das deutsch-  
österreichische  
Bündnis.

Rücktritt des Fürsten dadurch verhindern wollte, andererseits wohl auch anerkannte, daß sein Wunsch einen Krieg mit Rußland zu vermeiden auf diesem Wege am ersten erreicht werden könne.

Englands  
Verhalten.

Zur Verstärkung dieser Hoffnung mußte es beitragen, daß der englische Minister des Auswärtigen, Salisbury, die Kunde von dem Vertrag öffentlich als eine gute Botschaft großer Freude bezeichnete und darin eine gewichtige Bürgschaft des Friedens erblickte. Daneben glaubte er freilich die Lage ausnutzen zu können um auf die Pforte einen stärkeren Druck zu üben und die Durchführung der verheißenen Reformen zu verlangen. Da England gleichzeitig auch in Afghanistan durch Roberts' Siege eine vorteilhafte Stellung gewann, hielten die Russen es doch für geraten einen gedämpfteren Ton anzuschlagen. Der Thronfolger Alexander stattete sogar Mitte November in Wien und Berlin einen Besuch ab und auch Gortschakoff hatte Ende des Monats auf seiner Rückreise nach Petersburg eine Audienz beim Kaiser und Kronprinzen; Bismarck freilich war das eine wie das andere Mal in Warzin geblieben. Als dann vollends im Frühjahr 1880 Frankreichs Weigerung den Anarchisten Hartmann an Rußland auszuliefern eine starke Entfremdung zwischen diesen beiden Staaten erzeugte und Rußland überdies wegen Kuldschas in drohende Verwickelungen mit China geriet, schien die Ruhe Europas wieder gesicherter als sie es seit dem Herbst 1878 gewesen war.

Einleiten  
Rußlands.

Erhöhung  
der deutschen  
Friedens-  
präsenz.

Noch ehe diese friedlichere Gestaltung der Dinge zum Durchbruch kam, stellte der Reichskanzler beim Bundesrate den Antrag auf eine bedeutende Verstärkung der deutschen Armee, die obendrein nicht erst beim Ablauf des Septennates am 1. Januar 1882, sondern schon am 1. April 1881 in Kraft treten sollte, eine Abänderung des bestehenden Gesetzes, die mit der Verlegung des Budgetjahres auf die Zeit vom 1. April bis 31. März motiviert wurde. Die Vorlage forderte die Erhöhung der Friedenspräsenz von 401 659 auf 427 270 Mann, d. h. auf ein Prozent der Bevölkerung vom 1. Dezember 1875, sowie die Heranziehung der Ersatzreserve erster Klasse zu vier Friedensübungen von zusammen 20 Wochen. Die Mehrkosten wurden auf 17,1 Millionen Mark an dauernden, auf 26,7 Millionen an einmaligen Ausgaben veranschlagt, abgesehen von dem Mehrerfordernis des Pensionsfonds und den Ausgaben für Kasernen- und Magazinbau. Zur Begründung dieser Ansprüche wies die Vorlage darauf hin, daß Deutschlands Friedensstärke nur 469 Bataillone Infanterie und 300 Feldbatterien betrage, während Rußland 897 Bataillone und 373 Batterien, Frankreich 641 Bataillone (außer 326 Depotkompagnien) und 437 Batterien besitze; nur in der Kavallerie sei Deutschland stärker als jede der beiden Mächte (465 Schwadronen gegen 406, bzw. 392), und an Fußartillerie wenigstens Frankreich überlegen (116 Kompagnien gegen 57 in Frankreich, 210 in Rußland); es sollten deshalb 34 Infanteriebataillone und 40 Batterien neu geschaffen werden.

Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes, am 1. März 1880, trat Moltke nachdrücklich für denselben ein und wies insbesondere die For-

berung  
sprachen  
zeit und  
letzte an  
liberaler  
da sie d  
hatten, e  
Die zwei  
Abstim  
Anderun  
18 Woch  
Antrag  
dem eine  
wurde fa  
ironisch,  
völker fi  
daß selb  
schwierig  
Au  
Verhand  
geleitet  
des Win  
als nich  
Gladston  
wohl be  
förmlich  
nopol ge  
durch W  
Frage u  
Berlin,  
Bismar  
Regelun  
den wei  
vor Du  
und der  
dabei d  
seine „  
Freycin  
Von B  
ruhe B  
talischen  
den Ru  
und der  
Ristisd  
lassung  
D

derung der zweijährigen Dienstzeit zurück; die Redner des Centrums sprachen gegen die Vorlage; Richter erklärte sich für zweijährige Dienstzeit und jährliche Feststellung der Präsenzstärke, Stauffenberg wollte die letztere auf drei, Rickert auf fünf Jahre vereinbaren; die meisten National-liberalen und die Konservativen waren mit dem Septennat zufrieden, und da sie die Mehrheit in der zur Vorberatung gewählten Kommission hatten, empfahl diese die Annahme der Vorlage mit geringen Änderungen. Die zweite und dritte Lesung bot wenig neue Gesichtspunkte; die letzte Abstimmung ergab 186 für und 128 gegen das Gesetz. Die erheblichsten Änderungen bestanden darin, daß die Übungen der Ersatzreserve auf 18 Wochen beschränkt und die Geistlichen davon befreit sein sollten. Ein Antrag Böhlers den Reichskanzler zur Berufung eines Kongresses, auf dem eine allgemeine Abrüstung beschlossen werden sollte, aufzufordern wurde fast einstimmig abgelehnt; Bismarck selbst schrieb dem Antragsteller ironisch, er könne erst dann, wenn es jenem gelungen sei die Nachbarvölker für seine Idee zu gewinnen, auf den Plan eingehen und fürchte, daß selbst dann die gegenseitige Kontrolle über den Rüstungszustand schwierig und unsicher bleiben werde.

Aus der augenblicklichen politischen Lage war während der ganzen Verhandlungen kein Grund für die Annahme des Militärgesetzes hergeleitet worden, da sich dieselbe zusehends friedlicher gestaltete. Der Wechsel des Ministeriums in England erwies sich für die europäische Politik als nicht so bedeutsam, wie man nach den heftigen Äußerungen, die Gladstone während des Wahlfeldzuges gegen Oesterreich gethan hatte, wohl befürchten konnte. Der Premier nahm seine verletzenden Worte förmlich zurück und der in außerordentlicher Sendung nach Konstantinopel geschickte Botschafter Göschen verständigte sich auf der Durchreise durch Wien mit Haymerle über die brennenden Punkte der orientalischen Frage und veranlaßte den Zusammentritt der griechischen Konferenz in Berlin, die unter Hohenlohes Vorsitz — derselbe war Anfang März als Bismarcks Vertreter nach Berlin berufen worden — die früher besprochene Regelung des griechisch-türkischen Grenzstreites vereinbarte. Auch in den weiteren Phasen dieses Konfliktes und bei der Flottendemonstration vor Duligno wurde das Einvernehmen sämtlicher Großmächte gewahrt, und der mäßigende und vermittelnde Charakter der deutschen Politik trat dabei deutlich zu Tage. Wenn Gambetta um diese Zeit, im August 1880, seine „Abenteurerrede“ in Cherbourg hielt, so behauptete das Ministerium Freycinet und weiterhin Ferry doch eine durchaus friedliche Haltung. Von Bismarck und Haymerle wurden am 4. September in Friedrichsruhe Beratungen gepflogen, deren Gegenstand vorzugsweise die orientalischen Angelegenheiten bilden mochten, vielleicht auch der Widerstand, den Rumänien, Bulgarien und Serbien der österreichischen Politik leisteten, und den zu brechen zunächst in Serbien durch den Sturz des Ministeriums Ristitsch am 21. Oktober und dann auch in Bulgarien durch die Entlassung Zankoffs am 30. Dezember 1880 gelang.

Das Jahr 1881 brachte am 13. März den Thronwechsel in Ruß-

Friedlichere  
Lage.

Thronwechsel  
in Rußland.Die Danziger  
Zusammen-  
kunft.Annäherung  
Italiens.Die Balkan-  
staaten.Gambettas  
Ministerium.Stobeleffs  
Reden.

land und die wachsende Erbitterung zwischen Frankreich und Italien. Wenn die letztere in gewissem Sinne als eine Friedensbürgschaft betrachtet werden konnte, so schwächten sich auch die Besorgnisse, welche die politische Gesinnung des neuen Zaren und vollends die Ernennung Ignatieffs zum Minister erweckten, bedeutend ab, als am 9. September eine im tiefsten Geheimnis vorbereitete Zusammenkunft des Zaren mit dem deutschen Kaiser, der von dem Kronprinzen und Bismarck begleitet war, in Danzig stattfand. Die „unerwartete“ Mäßigung des deutschen Kanzlers machte auf Alexander III. und Herrn von Giers, der bei ihm war, einen sehr günstigen Eindruck und überzeugte sie, daß jener nur friedliche Absichten verfolge, was in Deutschland auch vorher niemand bezweifelt hatte. Etwas verdutzt war man über diesen Vorgang in Österreich, besonders in Ungarn; man fürchtete daraus schließen zu müssen, daß die österreichische Allianz in ihrem Werte für Deutschland gesunken sei, und mutmaßte als Grund bald das Scheitern der Zollverhandlungen, die am Ende in eine sechsjährige Verlängerung des verstümmelten Meistbegünstigungsvertrages ausgelaufen waren, bald das Mißtrauen, welches der wachsende Einfluß der Slawen auf die österreichische Regierung dem Kanzler eingeben müsse. Übrigens legte der Zar durch ein Telegramm, das er an den Kaiser Franz Josef richtete, und Herr von Giers durch eine Unterredung mit dem österreichischen Botschafter Kalnoth Zeugnis davon ab, daß sie die erneute Annäherung an Deutschland auch als eine solche an Österreich betrachtet wissen wollten. In ähnlicher Weise bezeichnete der Besuch des italienischen Königspaares in Wien (vom 27. bis 31. Oktober 1881) zugleich dessen Wunsch nach einer engeren Verbindung mit Deutschland, die Bismarck vorderhand freilich nicht zu fördern schien, da er gerade um diese Zeit mit der Kurie wieder in diplomatische Beziehungen zu treten sich anschickte. Von den Balkanstaaten hatte Serbien inzwischen durch den Abschluß eines Handels- und Eisenbahnvertrages sich eng mit Österreich verbunden; in Konstantinopel trat gegen Ende des Jahres die Neigung des Sultans sich vorzugsweise auf Deutschland zu stützen offen hervor, und wenn die Beziehungen zwischen Österreich und Rumänien sich gleichzeitig so sehr verschlimmerten, daß der diplomatische Verkehr unterbrochen wurde, so lenkte das junge Königreich doch schnell ein und die heilsame Krisis bereitete ein besseres Verhältnis zwischen den beiden Nachbarstaaten vor. Verdüstert wurde der im ganzen so wolkenlose politische Horizont vorübergehend durch die Bildung des Ministeriums Gambetta am 14. November 1881. Allein die Beunruhigung war minder groß, als man früher wohl beim Eintritt dieses Ereignisses erwartet hatte, weil Frankreich durch seine Mittelmeerinteressen zu stark in Anspruch genommen war, als daß es andere Ziele hätte verfolgen können. Übrigens nahm die Episode mit Gambettas Sturz am 26. Januar 1882 ein schnelles Ende, zwei Tage nachdem Stobeleff durch seine Brandrede gegen Österreich und Deutschland den Anlaß bot die Gesamtlage doch ernster aufzufassen. Eine kurze Zeit setzte der General seine Agitation noch fort;

D  
dann ma  
des Jahr  
leidenscha  
nisterium  
Reiche,  
auf gesp  
der Rück  
neue Bü  
stättete  
seine R  
Schrittes  
wie die  
die zeitl  
Zeugnis  
Die  
1883 J  
allerding  
Thatsach  
Tiszas  
Friedens  
Rumänien  
suchten.  
männern  
im Arg  
Minister  
pflog,  
nahmen  
denen  
stärkere  
haufe,  
Madrid  
nischer  
nung  
Da geg  
wurden  
den 29  
wurde  
genehm  
Z  
eine de  
geltend  
die En  
Zusam  
Verstä  
Fregatt  
man e

dann machte der Befehl des Zaren ihr ein Ende, und noch im Laufe des Jahres raffte der Tod sowohl Stobeless als Gambetta, die beiden leidenschaftlichsten Gegner Deutschlands, hinweg. Das französische Ministerium suchte umsomehr ein gutes Einvernehmen mit dem deutschen Reiche, als es seit dem Bombardement von Alexandrien mit England auf gespannten Fuß geriet, und für Rußlands friedliche Gesinnung bot der Rücktritt Gortschakoffs am 9. April und Ignatieffs am 20. Juni neue Bürgschaften; der neue Minister des Auswärtigen, Herr von Giers, stattete Bismarck im November einen Besuch in Varzin ab und nahm seine Rückreise später über Wien; von der günstigen Wirkung dieses Schrittes gaben sowohl die Erklärungen Kalnokys in den Delegationen wie die Mitteilungen, welche die offiziöse Presse über den Charakter und die zeitliche Begrenzung des deutsch-österreichischen Bündnisses brachte, Zeugnis.

Dieses erhielt eine wesentliche Verstärkung dadurch, daß Anfang 1883 Italien demselben in einer Form und einem Umfange beitrug, die allerdings nicht zur öffentlichen Kenntnis gelangten, während über die Thatsache selbst nach den parlamentarischen Erklärungen Mancinis und Tiszas kein Zweifel obwalten konnte. Die Anziehungskraft dieses Friedensbündnisses erwies sich so stark, daß im Laufe des Jahres auch Rumänien, Serbien und Spanien den engsten Anschluß an dasselbe suchten. Bei den gespannten Beziehungen, die noch immer zwischen Rumänien und Österreich bestanden, bezeichnete der Besuch, den König Karl im August in Wien und Berlin abstattete, und die Beratung, welche der Ministerpräsident Bratianu am 4. September in Gastein mit Bismarck pflog, einen völligen Umschwung. Die Könige von Serbien und Spanien nahmen an den deutschen Herbstmanövern teil, und die Beleidigungen, denen der letztere dafür in Paris ausgesetzt war, führten zu einer noch stärkeren Betonung des guten Einvernehmens mit dem deutschen Herrscherhause, wie der alsbald beschlossene Gegenbesuch des Kronprinzen in Madrid zeigte. Schon vorher war, im August, ein neuer deutsch-spanischer Handelsvertrag zustande gekommen, den eine kaiserliche Verordnung unter Vorbehalt der Zustimmung des Reichstages in Kraft setzte. Da gegen dieses Verfahren aber gegründete Verfassungsbedenken erhoben wurden, erfolgte eine außerordentliche Einberufung des Reichstages auf den 29. August. Die Session dauerte nur vier Tage und der Vertrag wurde trotz des Anstoßes, den die sog. Hamburger Spritklausel erregte, genehmigt.

In diesen selben Herbstwochen schien sich jedoch andererseits auch eine dem Friedensbündnis feindliche Strömung in der europäischen Politik geltend zu machen, die vielleicht mit dem Bruch zusammenhing, der durch die Entlassung der russischen Minister in Sofia erfolgte. Eine dreitägige Zusammenkunft Bismarcks und Kalnokys in Salzburg traf mit einer Verstärkung der deutschen Ostseeflotte durch die beiden stärksten Panzerfregatten und mit Belagerungsmanövern bei Graudenz zusammen, denen man eine große Bedeutung zuschreiben wollte; noch mehr Aufsehen er-

Gortschakoffs  
Rücktritt.

Italiens Bei-  
tritt zum  
deutsch-österrei-  
chischen Bünd-  
nis.

Rumänien.

Spanien.

Kriegsbesürch-  
tungen.

regte es, daß Gladstone auf einer mehrtägigen Bergnügungstour in der Nordsee am 17. September mit seiner Yacht in Kopenhagen einlief, wo sich der Zar, der König von Griechenland und der Prinz von Wales befanden, und daß darauf die Norddeutsche Allgemeine Zeitung eine heftige Polemik gegen die englische Presse eröffnete. Man vermutete, daß sich hinter den Kulissen irgend ein heftiger Kampf um die Entwicklung der Dinge auf der Balkanhalbinsel abspielte, aber Klarheit über diese Vorgänge wurde nicht gewonnen. Da der Prinz von Wales sich von Kopenhagen zu den Manövern nach Homburg begab, schloß man auf einen gütlichen Ausgleich des etwa vorhandenen Konfliktes. Eine Reise Mufhtar Paschas von Konstantinopel nach Friedrichsruhe, wo er am 9. Oktober mit Bismarck konferierte, bildete gleichsam den Epilog dieses Zwischenspiels.

Beseitigung  
derselben.

In Frankreich hatten die gegen den König von Spanien gerichteten Pöbelinsulten den Rücktritt des deutschfeindlichen Kriegsministers Thibaudin zur Folge, und da bald darauf auch Challemel-Lacour das auswärtige Amt verließ, Ferry aber sich immer tiefer in koloniale Unternehmungen verwickelte, war von Paris keine Störung des Friedens zu befürchten. Auch Rußland gab unzweideutige Zeichen friedlicher Gesinnung; Giers verweilte Mitte November ein paar Tage in Friedrichsruhe, und ein russisches Geschwader begrüßte den Kronprinzen, als er sich in Genua nach Spanien einschiffte; mit dem Fürsten von Bulgarien aber schloß der jüngere Kaulbars jenen Vertrag ab, der den heftigen Konflikt beizulegen versprach. Der deutsche Kaiser selbst gab seiner Freude darüber, daß die guten Beziehungen zu Rußland gesichert seien, Ausdruck, als er am 28. November das Präsidium des Abgeordnetenhauses empfing. Ein Besuch des dänischen Kronprinzenpaares in Berlin am 9. Dezember mochte auch mit den Kopenhagener Vorgängen in Beziehung stehen.

So begann das Jahr 1884 denn unter sehr günstigen Vorzeichen. Daß im Januar Giers die österreichische Hauptstadt besuchte, daß Kaiser Wilhelms 70jähriges Jubiläum als St. Georgsritter zu neuen Kundgebungen der russischen Freundschaft führte, daß im April die Seehandlung und Bleichröder eine russische Anleihe auf den Markt brachten, konnte dieselben nur bestätigen. Dazu kam die Ernennung Orloffs zum Botschafter in Berlin, der Eintritt des Grafen Herbert Bismarck in die deutsche Botschaft in Petersburg, eine Reise des Prinzen Wilhelm zur Feier der Großjährigkeit des russischen Thronfolgers, ein Besuch der Zarin in Berlin. Doppelte Bedeutung erhielten diese Kundgebungen dadurch, daß im Herbst die Dauer des deutsch-österreichischen Bündnisses zu Ende ging und Rußland ohne Zweifel darauf bedacht war durch seine Haltung die Entschließungen über die Verlängerung desselben zu beeinflussen. Zwischen Kalnoßy und Bismarck mochte diese Frage schon am 15. August, wo der erstere in Barzin eintraf, verhandelt sein; genau einen Monat später trafen alle drei Kaiser von ihren Kanzlern begleitet in Stiernewice an der Grenze Polens zusammen. Von den Ergebnissen ihrer Beratungen drang

Zusammen-  
kunft in  
Stiernewice.

so wenig etwas in die Öffentlichkeit, wie von der Art, in welcher der am 15. Oktober ablaufende deutsch-österreichische Vertrag verlängert oder verändert wurde. Nur aus den parlamentarischen Vorgängen in Österreich konnte man einige Fingerzeige entnehmen. In der ungarischen Thronrede vom 29. September wurde die Zusammenkunft in Stiernewice überhaupt nicht erwähnt, wohl aber auf die innigen Beziehungen zu Deutschland Bezug genommen; die Antwortadresse des Unterhauses sprach die Befriedigung des Landes darüber aus, daß jenes „Bündnis zu zweien weder nach seinem äußeren Umfang noch nach seiner inneren Natur eine Änderung erfahren habe“, und Tisza bemerkte dazu, daß ein Friedensbündnis wie das in Rede stehende an Wert gewinne, wenn es, wie ja der Fall sei, Anziehungskraft auf andere Mächte übe, und besonders wenn ein Land wie Rußland erkläre: ich will mit euch gehen. Gegen Ende Oktober rühmte der Kaiser selbst bei der Eröffnung der Delegationen die herzlichen Beziehungen zu dem russischen Kaiserhause und die erfreuliche Übereinstimmung aller drei Monarchen. Augenscheinlich war also zwar das engere Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland erneuert, aber dasselbe hatte vorläufig wenigstens seine Spitze gegen Rußland verloren.

Andererseits war im Laufe des Jahres die deutsche Politik auf ein ihr bisher fremdes Gebiet, das koloniale, übergetreten und hatte auf diesem freundschaftliche Berührungspunkte mit Frankreich gefunden, während sie zu England dadurch in ein schlechteres Verhältnis geriet. Der Wunsch eigene Kolonien zu besitzen war in Deutschland schon seit Jahren ziemlich populär geworden ohne sich doch zu klaren und faßlichen, geschweige denn zu hoffnungsvollen und gewinnversprechenden Plänen zu gestalten. Man bedauerte, daß Hunderttausende von Auswanderern ihrer Rationalität verloren gingen; man vermifste schmerzlich für die Exportindustrie die weiten Absatzgebiete, über die England in seinen überseeischen Besitzungen verfügte; man empfand es als einen schweren Nachteil, daß der Bedarf Deutschlands an tropischen und subtropischen Produkten von fremden Nationen gekauft werden müsse. Freilich konnte man sich andererseits nicht verhehlen, daß die Welt vergeblich sei, daß besonders für Ackerbaukolonien, die einen größeren Strom von Auswanderern aufnehmen fähig wären, sich nirgends mehr freier Boden finde, und daß der deutsche Kaufmann doch auch unter fremdländischer Autorität überall auf dem Erdkreise eine sehr gewichtige Rolle spiele. Allein unklare Träumereien und ein gewisser romantischer Zauber, welcher die kolonialen Pläne umhüllte, machten die Sache doch allmählich immer populärer. Nicht wenig trug dazu der Umstand bei, daß der Reichskanzler schon 1880 besonderes Interesse für das Unternehmen gezeigt hatte, das mit diesen kolonialen Hoffnungen eng zusammenhing. Das hamburgische Haus Godeffroy, das durch seine Ansiedelungen auf den Samoa-Inseln und die Rolle, welche es im australischen Handel spielte, vorzugsweise den deutschen Einfluß in der Südsee repräsentierte, war insolvent geworden und auf Anregung des Reichskanzlers hatte sich darauf im Jahre

Erneuerung  
des deutsch-  
österreichischen  
Bündnisses.

Deutsche Kolonialpolitik.

Die Samoa-  
vorlagen.

1880 eine deutsche Seehandelsgesellschaft gebildet, welche die Samoa-Plantagen übernehmen wollte, wenn das Reich eine Verzinsung des auf höchstens 10 Millionen Mark angenommenen Gründungskapitals bis zu 3% gewährte. Der Bundesrat billigte diesen Antrag, im Reichstage aber stimmte eine Mehrheit von 128 gegen 112 Stimmen den Gegengründen zu, die vornehmlich von Bamberger und Meier-Bremen vorgetragen wurden, und verwarf am 27. April die Staatsunterstützung für ein Unternehmen, das sich nicht aus eigener Kraft erhalten könne. Die prinzipielle Bedeutung dieser Entscheidung war bedeutender als die materielle; es schien dadurch ausgemacht zu sein, daß Deutschland sich von Staats wegen nicht mit überseeischen Gründungen befassen solle, und bezeichnenderweise wurde dieser Standpunkt gerade in den Seestädten fast allgemein geteilt. Längere Zeit hindurch wurde denn auch die koloniale Agitation dadurch entschieden gelähmt. Einen neuen Aufschwung nahm sie erst, als Ende 1882 unter Beteiligung hervorragender Männer wie Fürst Hohenlohe-Langenburg, Bennigsen, Miquel, Barnbüler, Friedenthal, Brüggel, Kohls u. a. in Frankfurt a. M. ein deutscher Kolonialverein gegründet wurde, der den gleichartigen zerstreuten Bestrebungen einen Mittelpunkt bieten und eine praktische Lösung der Kolonisationsfrage anbahnen wollte. Dem Charakter der ihn leitenden Männer entsprechend war sein Auftreten maßvoll und mehr auf die Klärung der öffentlichen Meinung als auf die selbständige Gründung von Kolonien gerichtet; in diesem Sinne schuf er sich in der deutschen Kolonialzeitung ein eigenes Organ. Neben seiner Thätigkeit gingen aber im stillen die Bestrebungen einzelner Handlungshäuser oder Konfortien einher an herrenlosen Küsten Gebietswerbungen ins Werk zu setzen. Den ersten Schritt in dieser Richtung hatte die Firma Lüderitz in Bremen gethan, indem sie den Hafen von Angra Pequena in Südwestafrika mit umliegendem Gebiet erwarb und sich dann mit der Bitte um deutschen Schutz an den Kanzler wandte. Dieser richtete zunächst an England die Anfrage, ob dasselbe den Lüderitzschen Interessen Schutz gewähren könne, und stellte erst, als Granville das im Februar 1883 für unmöglich erklärte, im November die Frage, ob England selbst Ansprüche auf Angra Pequena erhebe. Granvilles Antwort ging dahin, daß die Souveränität der Königin zwar nur in der Walfischbai und den Inseln bei Angra Pequena proklamiert sei, daß aber eine fremde Macht, welche von dieser Küste Besitz ergreifen wollte, Englands legitime Rechte verletzen würde. Dieser Auffassung widersprach der Kanzler und ließ im Januar 1884 das Kanonenboot Nautilus nach Angra Pequena fahren um die Verhältnisse genauer zu erforschen, am 24. April aber den Konsul in der Kapstadt telegraphisch zu der Erklärung anweisen, daß die Lüderitzsche Niederlassung unter dem Schutze des Reiches stehe.

Der deutsche  
Kolonial-  
verein.

Angra  
Pequena.

Westafrika.

Inzwischen waren auch von anderen Seiten Anträge gleich dem von Lüderitz gestellt. Fürst Bismarck hatte nämlich am 14. April 1883 an die Senate der Hansestädte die Frage gerichtet, ob sie Wünsche für den

De  
Schutz de  
Bremen u  
schrift der  
Fernando  
Handelsst  
hanseatisch  
gehen hie  
den intere  
erwerb in  
Hamburg  
veranlaßt  
Kanonenb  
nach Wes  
nicht in  
von Bear  
etwaiger  
daß es h  
verträgen  
Pequena  
weit west  
lungskrei  
vorbene  
Nachtiga  
Kriegsrei  
Faktoreie  
das deut  
deshalb  
Flagge n  
zöfischen  
Bei  
der engl  
Faktorei  
deutscher  
lischen C  
beiden C  
die deut  
am 14.  
geschloß  
darauf  
später n  
gestellt  
und Kl  
Erwerb  
Verhält  
Frankre  
tigal di

Schutz des Handelsstandes in Westafrika geltend zu machen hätten. Bremen und Lübeck verneinten dies, von Hamburg aber lief eine Denkschrift der Handelskammer ein, welche den Ankauf der spanischen Insel Fernando Po als Flottenstation und die Gründung einer deutschen Handelskolonie auf dem gegenüberliegenden Festlande, wo mehrere hanseatische Firmen bereits Faktoreien besaßen, empfahl. Soweit zu gehen hielt der Kanzler doch nicht für angemessen, wohl aber stellte er den interessierten Firmen den Schutz des Reiches für etwaigen Ländererwerb in Aussicht, wodurch diese, besonders das Haus Voermann in Hamburg, zum Abschluß von Verträgen mit den dortigen Häuptlingen veranlaßt wurden. Zur Sicherung derselben ging Mitte April das Kanonenboot Möwe mit dem Afrikareisenden Nachtigal als Kommissär nach Westafrika. In dessen Instruktion betonte der Kanzler, daß es nicht in der Absicht liege ständige Garnisonen und eine größere Zahl von Beamten in diese Kolonien zu entsenden oder denselben während etwaiger Kriege mit größeren Seemächten Schutz zu verheißen, sondern daß es sich nur um den Abschluß von Freundschafts- und Protektoratsverträgen mit den dortigen Häuptlingen handeln solle. Außer Angra Pequena wurde besonders die Küste vom Kap St. John bis möglichst weit westlich über die Kamerun-Mündung hinaus als Nachtigals Wirkungskreis bezeichnet; bei der Übernahme des Protektorates sollten erworben Rechte Dritter ausdrücklich vorbehalten bleiben; auch wurde Nachtigal angewiesen in Klein-Povo anzulaufen, wo ein anderes deutsches Kriegsschiff vor kurzem infolge von Feindseligkeiten gegen deutsche Faktoreien einige Geiseln genommen hatte; die Häuptlinge hatten seitdem das deutsche Protektorat erbeten, aber da sie schon ein Jahr früher sich deshalb an Frankreich gewandt hatten, sollte Nachtigal die deutsche Flagge nicht heissen, sondern dort wie überall jede Kollision mit französischen Interessen sorgfältig vermeiden.

Bei der Ankunft der Möwe in Klein-Povo stellte sich heraus, daß der englische Agent Firringer kurz vorher die Eingeborenen in den Faktoreien des Togo-Landes, Bageida und Lome, bearbeitet hatte die deutschen Kaufleute zu vertreiben, widrigenfalls er das Land der englischen Goldküste einverleiben werde. Nachtigal fuhr darauf nach jenen beiden Orten, schloß mit den Häuptlingen Verträge und hißte am 5. Juli die deutsche Flagge. Dasselbe geschah an der Kamerun-Mündung, wo am 14. Juli mit den Häuptlingen Bell, Aqua und Dido Schutzverträge geschlossen wurden, ehe der englische Konsul Hewett, der unmittelbar darauf mit einem Kriegsschiff ankam, es hindern konnte. Einige Tage später wurde das westlich gelegene Bimbia-Land unter deutschen Schutz gestellt und dann mit gleichem Erfolge die Fahrt südwärts nach Malimba und Klein-Batanga fortgesetzt, wo überall die Firma Voermann bereits Erwerbungen gemacht hatte. Von dort bis zum Kap John waren die Verhältnisse verwickelter, weil einzelne Häuptlinge schon Verträge mit Frankreich abgeschlossen hatten; wo das nicht der Fall war, hißte Nachtigal die deutsche Flagge und fuhr dann nach Gabun um dem französi-

schen Gouverneur Mitteilung von seinen Maßregeln zu machen und sich mit ihm darüber zu verständigen, daß die endgültige Regelung den beiden Regierungen selbst vorbehalten bleiben sollte.

Lüderitzland.

Verhandlungen mit England.

Im August fuhr die Möwe sodann nach Angra Pequena, wo die Oberhoheit des Deutschen Reiches nicht bloß über das ursprünglich von Lüderitz erworbene kleine Gebiet, sondern über die ganze Küstenstrecke vom Dranje-Fluß bis zum Kap Frio mit Ausnahme der englischen Balfischbai proklamiert wurde; entsprechende Verträge waren oder wurden später mit den Häuptlingen der Namaquas und Damaras abgeschlossen. England hatte inzwischen seinen Widerspruch fallen lassen. Allerdings wurde von der Regierung der Kapkolonie der Versuch gemacht die ganze Küste außer Angra Pequena zu annektieren und das Kolonialministerium unterstützte diese Bestrebungen, obgleich Bismarck im Mai durch den Votschafter Grafen Münster darauf aufmerksam machen ließ, daß Deutschland die wertvollen Dienste, die England ihm beim Beginn seiner Kolonialunternehmungen leisten könne, auf anderen Gebieten zu vergelten vermöge, daß es aber, wenn England sich ablehnend verhalte, sich Frankreich nähern werde. Auch die Entsendung des Grafen Herbert Bismarck nach London hatte wenig Erfolg, und nur zögernd ließ Granville seinen Einspruch soweit fallen, daß er sich am 19. Juli bereit erklärte das deutsche Protektorat anzuerkennen, wenn Deutschland sich verpflichte darin keine Strafkolonien anzulegen. Das lehnte Bismarck jedoch rundweg ab, obschon er erwähnte, daß keinerlei Absicht derart bestehe, und so bequeme sich England denn am 22. September zur bedingungslosen Anerkennung.

Die Dampfer-Subvention.

Inzwischen hatte sich auch der Reichstag mit der Kolonisationsfrage beschäftigt und der Kanzler dabei seine Ideen näher auseinandergesetzt. Den Anlaß bot eine Regierungsvorlage, welche die Bewilligung von 4 Millionen jährlich auf die Dauer von 15 Jahren zur Unterstützung zweier Postdampferlinien nach Ostasien und Australien beantragte. Da in diesen Gegenden deutsche Kolonialbestrebungen noch nicht an die Öffentlichkeit getreten waren, wurden bei der ersten Beratung am 14. Juni wesentlich die postalischen und die allgemeinen Handelsinteressen hervorgehoben, deren Umfang die Opposition aber so gering anschlug, daß ihr die geforderte Geldsumme unverantwortlich hoch erschien. Erst in der Kommissionsberatung am 23. Juni, an der Bismarck selbst teilnahm, wurde die Angelegenheit im Zusammenhang mit der Kolonialpolitik gebracht und vom Reichskanzler ausführlichere Mitteilung über die Verhandlungen betreffs Angra Pequena gemacht. Er wies dabei die Meinung zurück, als ob das Reich als solches Kolonien gründen und nach französischer Art bürokratisch-militärisch verwalten solle; dieser Gedanke liege ihm ganz fern; wohl aber halte er sich für verpflichtet, da wo Privatunternehmer auf herrenlosem Gebiete Fuß gefaßt hätten, solchen wildgewachsenen Kolonien Schutz zu gewähren. Bambergers Befürchtungen, daß sich daraus Konflikte mit den Seemächten entwickeln und das Reich leicht einmal einen Nasenstüber erhalten könne, wies er als

Kolonialdebatten.

unwürdige Furcht zurück: Frankreich liege vor den Ausfallthoren von Mex., und England habe nicht bloß in der ägyptischen, sondern in mancher viel wichtigeren Frage das größte Interesse von Deutschland unterstützt zu werden; man bedürfe also um solche Nasenstübe zu erwidern keineswegs einer größeren Flotte. Schließlich sprach er den Wunsch aus, daß die Sache vor Schluß des Reichstages auch im Plenum noch zur Verhandlung komme. Dies lehnte die Kommission nun zwar ab, weil sie ihre Beratungen so schnell nicht glaubte beenden zu können; allein ein Handelsvertrag mit Korea, der am 26. Juli zur Verhandlung stand, wurde von dem Kanzler benutzt um doch noch vor der Öffentlichkeit seine Äußerungen zu wiederholen. Er sei mit Bedenklichkeiten an die Kolonialpolitik herangetreten, allein angesichts der Schneidigkeit und Begeisterung der dabei interessierten Kaufleute habe er nicht den Mut gehabt die Bankerotterklärung des Reiches auszusprechen. Große Ausgaben würden dem Reiche nicht erwachsen; der Kaiser würde den Beteiligten Freibriefe nach Art der englischen royal charters erteilen und ihnen selbst das Regieren überlassen; zur Ausübung der Gerichtsbarkeit genüge es einen Residenten zu ernennen; von stehenden Garnisonen und einem Beamtenheere sei keine Rede; sollte eine Pflanzung einmal nicht gedeihen, so treffe der Schade die Unternehmer, die sich vergriffen hätten. Mit großer Wärme betonte er dann noch das gute Verhältnis zu Frankreich und die friedliche Gesamtlage der Politik. Die Dampfvorlage blieb, da der Reichstag am 28. Juni geschlossen wurde, unerledigt.

Die guten Beziehungen zu Frankreich traten bald darauf in der Behandlung der Kongofrage ans Licht. Durch die Reisen des Amerikaners Stanley war das ungeheure Becken dieses Riesenslusses der europäischen Kenntnis eröffnet und seine glänzenden Schilderungen von der Fruchtbarkeit und der kommerziellen Wichtigkeit des äquatorialen Afrika führten zu der Bildung der Internationalen Afrikanischen Gesellschaft, an deren Spitze König Leopold II. der Belgier trat und deren Ziel die Bildung eines neuen Kongostaates war. Allein auch Frankreich hatte, wie früher erwähnt, durch Savorgnan de Brazza am untern Kongo Besitzergreifungen vorgenommen, und Portugal beanspruchte seit alters die Souveränität über das Mündungsgebiet. Da ihm dieselbe jetzt gefährdet erschien, schloß es am 26. Februar 1884 mit England einen Vertrag, durch welchen letzteres die portugiesische Herrschaft über die Küste bis zum 5° südl. Breite anerkannte, dafür aber das Recht erwarb, daß britische Schiffe und Waren ebenso wie die portugiesischen behandelt und Zölle und Gebühren nur mit Englands Zustimmung eingeführt werden sollten. Gegen diesen Vertrag erhob sich nun vielfacher Widerspruch. Für die Kongogesellschaft, welcher der Weg zum Meere abgeschnitten wurde, war er fast ein Todesurteil; sie beeilte sich ihre Lage wenigstens dadurch zu verbessern, daß sie durch einen Vertrag vom 8. Mai die Anerkennung Frankreichs erwarb und diesem dagegen für den Fall, daß sie sich auflösen müßte, ein Vorzugsrecht auf ihr Gebiet zugestand. Wenige Tage später trat der Reichskanzler öffentlich

Die Kongo-  
frage.

Deutsch-franzö-  
sische Verhän-  
digung.

in die Behandlung der Kongofrage ein, indem er einigen Handelskammern mittheilte, daß Deutschland den englisch-portugiesischen Vertrag nicht anerkenne und mit anderen Staaten über die internationale Regelung der Verkehrsverhältnisse im Kongogebiet verhandele. Dies genügte um England zur Preisgabe des Vertrages zu bewegen. Über sein weiteres Vorgehen wünschte der Kanzler sich zunächst mit Frankreich zu verständigen, zu welchem Zwecke Courcel ihn in Barzin besuchte. Das Ergebnis ihrer Besprechungen faßte eine Note vom 13. September dahin zusammen, daß man Handelsfreiheit im Kongogebiet, Anwendung der über die Donauschiffahrt getroffenen Bestimmungen auf den Kongo und Niger und Vereinbarung der europäischen Mächte über die Formalitäten der Besitzergreifung herrenlosen Landes anstreben wolle. Beide Regierungen vereinigten sich dann zu einer gemeinsamen Einladung an die Großmächte und die am afrikanischen Handel beteiligten Staaten, indem sie ihnen eine Konferenz in Berlin vorschlugen. England machte zwar noch einige Schwierigkeiten, da es am Niger die Jurisdiktion ausschließlich für sich in Anspruch nahm; allein es gab doch am Ende nach, und am 15. November konnte die Konferenz eröffnet werden.

Die Kongo-  
Konferenz.

Beteiligt waren außer den sechs Großmächten und den Vereinigten Staaten Schweden und Dänemark, Holland und Belgien, Spanien und Portugal, sowie die Türkei. Bismarck legte die Absichten der einladenden Regierungen dar, worauf der englische Botschafter Sir Edwin Malet den Vorbehalt wegen des Nigers wiederholte. Die Dauer der Konferenz betrug mehr als ein Vierteljahr. Während dieser Zeit erkannten die meisten der beteiligten Staaten die Kongogesellschaft vertragsmäßig als unabhängigen Staat an; die nordamerikanische Union hatte das schon Anfang 1884, Deutschland unmittelbar vor Beginn der Konferenz, am 8. November, gethan; schwierig waren die Verhandlungen mit Frankreich und Portugal, denen die Gesellschaft schließlich bedeutende Gebiete überlassen mußte, so daß sie an der Küste nur eine fünf Meilen lange Strecke behielt. An den Arbeiten der Konferenz waren außer den Bevollmächtigten auch Sachverständige wie Stanley und Woermann beteiligt; das Endergebnis wurde am 26. Februar 1885 in der Kongo-Akte niedergelegt. In dem ersten Artikel wurde die Handelsfreiheit im ganzen Kongogebiet proklamiert und dessen Umfang genauer angegeben; an der atlantischen Küste sollte es im Norden bei Massabi beginnen, im Süden an der Logemündung enden: binnenvwärts erstreckte es sich bis an den Tanganyikasee; aber auch in Ostafrika sollte die Handelsfreiheit in den herrenlosen Strichen anerkannt und in den bereits besetzten, z. B. im Sultanate von Zanzibar, befürwortet werden. Humanitären Interessen entsprachen weitere Bestimmungen über das Verbot des Sklavenhandels und die Neutralität des Kongobeckens bei Kriegen europäischer Mächte. Das vierte und fünfte Kapitel behandelte die freie Schifffahrt auf Kongo und Niger samt ihren Nebenflüssen; für den letzteren Fluß übernahm England am Unterlauf, Frankreich am Oberlauf die Ausführung der Beschlüsse, für den ersteren wurde eine inter-

nationale  
Formalitäten  
besonders  
von ihren  
sprüche

Daß  
halten w  
Deutschla  
das vor  
Diploma  
die neue  
Absichten  
zuerst in  
setzte der  
1884 zu  
die sie d  
der Kolo  
Linie ein  
tionen e  
lage wie  
liche un  
wollte;  
nehmbar  
tage selb  
holt ein  
mit 17  
186 ge  
tionen  
Vertrag  
tragen,  
vollste  
dingung

D  
mit der  
sortium  
hatte so  
küste v  
gestellt,  
zwischen  
erzählt  
Inselg  
zukomm  
1884 d  
frühere  
und K  
am 2.

nationale Kommission angeordnet. Endlich regelte das letzte Kapitel die Formalitäten bei Besitzergreifung herrenloser Länderstaaten, indem es besonders vorschrieb, daß die okkupierende Macht den übrigen Mittheilung von ihrem Schritte zu machen habe um eine Prüfung anderweitiger Ansprüche zu ermöglichen.

Daß die Kongokonferenz in Berlin unter deutschem Vorsitz abgehalten war, bewies, wie schnell sich die Welt an den Gedanken, daß Deutschland unter die Kolonialmächte getreten sei, gewöhnt hatte. War das vor allem der Stellung zu danken, die Bismarck ohnehin in der Diplomatie einnahm, so verfehlte doch auch die Energie, mit welcher er die neue Laufbahn beschritt, des moralischen Eindrucks nicht. Einzelne Absichten mißlangen wohl; so scheiterte z. B. bisher der im Mai 1884 zuerst in Angriff genommene Plan einer überseeischen Bank. Dagegen setzte der Fürst die Dampfervorlage doch noch durch. Als sie im Herbst 1884 zum zweitenmal eingebracht wurde, hatte sie die postalische Hülle, die sie das erste Mal trug, abgestreift und bekannte sich offen als Zweig der Kolonialpolitik; demgemäß war denn auch als dritte zu unterstützende Linie eine afrikanische aufgenommen und der Reichsbeitrag auf 5,4 Millionen erhöht. Nach der ersten Lesung am 1. Dezember wurde die Vorlage wieder an einen Ausschuß verwiesen, dessen Mehrheit die australische und afrikanische Linie verwarf und nur die ostasiatische genehmigen wollte; diesen Rest aber bezeichneten die Regierungsparteien als unannehmbar und lehnten den so verstümmelten Entwurf ab. Im Reichstage selbst aber wurde nach mehrtägigen Debatten, in die Bismarck wiederholt eingriff, schließlich die australische Linie neben der ostasiatischen mit 170 gegen 159 Stimmen genehmigt, die afrikanische jedoch mit 166 gegen 157 abgelehnt und der Beitrag des Reiches auf 4,4 Millionen beschränkt. Die Ausführung des Beschlusses wurde durch einen Vertrag vom 2. Juli 1885 dem Norddeutschen Lloyd in Bremen übertragen, der durch die Energie und Geschäftskunde seiner Leiter die vollste Bürgschaft für eine des Reiches würdige Erfüllung aller Bedingungen gab.

Die genehmigte australische Linie stand in innerem Zusammenhange mit den kolonialen Plänen, welche in jenem Erdteile besonders ein Konsortium, an dessen Spitze Hansemann in Berlin stand, verfolgte. Dieser hatte schon 1880 zur Zeit der Samoavorlage die Kolonisation der Nordküste von Neuguinea ins Auge gefaßt, das Vorhaben jedoch zurückgestellt, solange auf Bismarcks Unterstützung nicht zu rechnen war. Inzwischen suchten die australischen Kolonien, wie an anderer Stelle erzählt ist, durch die Annexion von Neuguinea, Samoa und andere Inselgruppen der befürchteten Besitzergreifung durch Deutschland zuvorzukommen ohne jedoch ihr Ziel zu erreichen. Denn sobald Mitte Juni 1884 die Neuguinea-Gesellschaft dem Reichskanzler anzeigte, daß sie ihre früheren Pläne wiederaufnehme, wies dieser die deutschen Kriegsschiffe und Konsulate in der Südsee an dieselben zu unterstützen und forderte am 2. August England zu einer Verständigung über die Abgrenzung der

Die Dampfer-  
vorlage.

Neuguinea.

beiderseitigen Machtphäre in jenen Gewässern auf. Granville ging darauf ein und bequeme sich auch nach einigen Weiterungen dazu die eben in der Vorbereitung begriffene Proklamation des englischen Protektorates auf die Südsee von Neuguinea östlich vom 141° östl. L. zu beschränken. Doch kam er noch während der Kongokonferenz auf die Forderung zurück, daß Deutschland sich mit den Neubritannischen Inseln begnügen und Neuguinea vollständig an England überlassen solle. Bismarck lehnte diese Zumutung ab und konnte sehr bald dem englischen Botschafter mitteilen, daß im November die deutsche Flagge an verschiedenen Punkten des Neubritannischen Archipels und der Nordküste von Neuguinea gehißt sei, und als England darauf den übrigen Teil der Nordküste vom Ostkap bis zum Hüongolf unter britischen Schutz stellen wollte, legte er auch dagegen am 26. Januar 1885 energisch Protest ein, da Deutschland seinen Anspruch auf die ganze Nordküste bis zum Ostkap angemeldet und die Besitzergreifung nur in Erwartung der verabredeten diplomatischen Verständigung verschoben habe. Die sehr gespannte Lage besserte sich etwas, als Granville am 7. Februar freundschaftlichste Erklärungen gab und 14 Tage später die kommissarischen Verhandlungen über die Südseeinteressen in London ihren Anfang nahmen. Gleichwohl stießen beide Staatsmänner Ende des Monats noch einmal ernstlich zusammen. Der englische Minister erklärte im Oberhause, daß er sich, so hohen Wert er auf des Reichskanzlers Wohlwollen lege, durch ihn doch nicht jede freie Bewegung in kolonialen Fragen rauben lassen könne, und daß er sich nicht wundere, wenn Bismarck seine ägyptische Politik ungünstig beurteile, da diese allerdings nicht mit dem Räte, welchen der Fürst dem Toryministerium gegeben habe: Ägypten zu nehmen, übereinstimme. Wenn schon Salisbury sofort erklärte, daß er von dieser Geschichte nie ein Wort gehört habe, so stellte der Reichskanzler am 2. März im Reichstage bestimmt in Abrede, jemals einen Rat in der ägyptischen Frage erteilt zu haben; seine Meinung aber sei keineswegs dahin gegangen, daß England wohl daran thue Ägypten zu nehmen, sondern daß es sich durch Vermittelung des Sultans sichern müsse. Zugleich sprach er seinen Unwillen darüber aus, daß in den englischen Blaubüchern vertrauliche Aktenstücke ohne vorhergehende Anfrage veröffentlicht seien, und verweilte sehr lange bei einer nicht sehr schmeichelhaften Schilderung der Geschäftsführung des englischen auswärtigen Amtes; zum Schluß versicherte er dann freilich, daß er alles thun werde um den freundschaftlichen Verkehr wiederherzustellen, der zwischen England und Spannung mit England. Deutschland natürlich sei. Ein bedeutsamer Schritt dazu war, daß gleich Ausgleich. anderen Tags Graf Herbert Bismarck nach London gesandt wurde und eingehende Besprechungen mit den Ministern hatte, deren Ergebnis in sehr versöhnlichen parlamentarischen Erklärungen Granvilles und Gladstones zu Tage trat. Innerhalb der nächsten Wochen verständigte man sich dann auch über die Teilung Neuguineas durch eine Linie, die an der Küste beim 8° südl. L. beginnen und an dem Schnittpunkt des 5° südl. Br. und 141° östl. L. enden sollte; auf den deutschen Anteil

De  
fielen dem  
Quadrat  
und am  
bildeten  
wie der  
britannien  
Zern  
nachteilig  
land ann  
den wurd  
verwirrt  
selbst beg  
1879, de  
ein Hamb  
der Deut  
fähret n  
von Neu  
Unterwer  
Hauptlin  
schrieben  
Tage spä  
Stübel,  
des Kon  
durch eng  
diesem V  
das Geb  
Flagge d  
amerikan  
Abkomme  
deutscher  
des Reich  
dürfte, n  
zunächst  
Und  
die Besit  
die Besit  
als ihm  
aus eini  
staatliche  
1875 ei  
ohne W  
deutsche  
geheißt  
daß sie  
der Tha  
deutsche

fielen demnach etwa 67 000, auf den englischen etwa 63 000 englische Quadratmeilen. Am 29. April nahm Bismarck diesen Vorschlag an, und am 17. Mai erteilte der Kaiser der unter Hansemanns Vorsitz gebildeten Neuguinea-Kompagnie den Schutzbrief für Kaiser Wilhelms-Land, wie der deutsche Teil der Insel, für den Bismarck-Archipel, wie Neubritannien fortan heißen sollte.

Berwürfnisse anderer Art bestanden mit England wegen der Benachteiligung, welcher die deutschen Kaufleute auf den 1874 von England annektierten Fidjii-Inseln ausgesetzt waren; auch diesen Beschwerden wurde nunmehr nach langjährigen Verhandlungen abgeholfen. Sehr verwirrt waren die Verhältnisse in Samoa. Deutschlands Einfluß dabei selbst begründete sich auf den Freundschaftsvertrag vom 24. Januar 1879, dessen Wichtigkeit von neuem gesteigert war, seit im Mai 1884 ein Hamburger Konsortium die in englische Hände übergegangenen Aktien der Deutschen Handels- und Plantagengesellschaft aufgekauft hatte. Gefährdet wurde dieser Einfluß aber beständig durch die Versuche, welche von Neuseeland aus gemacht wurden, um den König Malietoa zur Unterwerfung unter England zu veranlassen. Schon 1883 hatte der Häuptling in diesem Sinne einen Brief an die Königin Viktoria geschrieben; am 5. November 1884 wiederholte er diesen Schritt; wenige Tage später aber willigte er in einen Vertrag mit dem deutschen Konsul Stübel, durch welchen ein deutsch-samoanischer Staatsrat unter Vorsitz des Konsuls mit weitreichenden Vollmachten eingesetzt wurde. Ermutigt durch englische und nordamerikanische Einflüsse suchte sich aber Malietoa diesem Vertrag zu entziehen, so daß der Konsul am 23. Januar 1885 das Gebiet von Apia pfandweise in Besitz nehmen und die deutsche Flagge daselbst heißen ließ. Dagegen erhoben der englische und nordamerikanische Konsul Protest, weil zwischen den drei Regierungen das Abkommen bestehe die Unabhängigkeit Samoas zu achten. Dies wurde deutscherseits bereitwillig zugegeben, die Frage aber, wieweit der Einfluß des Reiches bei dem Vorwiegen deutscher Interessen ausgedehnt werden dürfte, mußte zwischen den Regierungen direkt erledigt werden und kam zunächst zu keinem Abschluß.

Unangefochten vollzog sich in den Südseegewässern im Oktober 1885 die Besitzergreifung der Marshall-Inseln; umso heftigere Stürme sollte die Besetzung der Karolinen veranlassen. Spanien betrachtete dieselben als ihm gehörig, weil sie von einem Spanier entdeckt und von Manila aus einige Versuche der Christianisierung gemacht waren; irgend welche staatliche Einrichtungen hatte es auf denselben aber nicht getroffen, und 1875 einen Protest Englands und Deutschlands gegen seine Oberhoheit ohne Widerspruch hingenommen. Als jedoch Anfang August 1885 der deutsche Gesandte in Madrid anzeigte, daß die deutsche Flagge daselbst geheißt werden solle, protestierte die Regierung dagegen und erklärte, daß sie gleichfalls bereits Schritte zur Besitzergreifung gethan habe. In der That lagen zwei spanische Kriegsschiffe bei der Insel Yap, als das deutsche Kanonenboot Itis daselbst am 25. August anlief und durch

Die Karolinen.

gelandete Mannschaft die Reichsflagge aufziehen ließ. Die Nachricht von diesen Vorgängen rief in Spanien eine unglaubliche Aufregung hervor, während Bismarck schon am 31. August amtlich erklärte, daß er zur Prüfung der spanischen Ansprüche und selbst zur Einwilligung in eine schiedsrichterliche Entscheidung gern bereit sei, da er die Ausübung der Hoheitsrechte auf den Karolinen minder hoch schätze als die Fortdauer der guten Beziehungen zu Spanien. Die Tumulte, die gleichwohl Anfang September in Madrid ausbrachen und bei denen das Wappen vom deutschen Gesandtschaftsgebäude herabgerissen wurde, machten natürlich eine ernste Sprache erforderlich, und die spanische Regierung säumte auch nicht ihr Bedauern auszusprechen, einige Polizeibeamte zu entlassen und eine gerichtliche Untersuchung anzuordnen. Kaum war dieser Zwischenfall beseitigt, so wurde Deutschland durch die Nachricht überrascht, daß Bismarck den Papst zum Vermittler vorgeschlagen habe. Die erste Meldung stieß allgemein auf Unglauben und Spott; aber als die Nachricht sich bewahrheitete, befand die öffentliche Meinung in Deutschland auch diesen Schritt, wie alles was Fürst Bismarck that, als wohlgethan. Der Kardinalstaatssekretär Jacobini, dem von beiden Regierungen ihre Ansprüche vorgetragen wurden, beeilte sich am 21. Oktober im Namen des Papstes dahin zu vermitteln, daß Spaniens Souveränität auf den Karolinen anerkannt werde, Deutschland aber volle Handelsfreiheit und das Recht eine Kohlenstation auf den Inseln anzulegen erhalten solle. Auf dieser Grundlage wurde wirklich am 17. Dezember im Vatikan ein Protokoll unterzeichnet, und die ganze Sache durch ein feierliches Schreiben des Papstes an Bismarck beschlossen, in welchem die Weisheit des Kanzlers gepriesen wurde, weil es ihr nicht entgangen sei, von welchem Nutzen die päpstliche Macht werden könne, namentlich wenn sie nach Hinwegräumung jedes Hindernisses volle Freiheit des Handels besitze; der heilige Vater greife deshalb gern in Gedanken der Zukunft vor und entnehme aus dem, was geschehen sei, eine gute Vorbedeutung für das übrige, zugleich übersandte er dem Kanzler die Insignien des Christusordens, wie denn auch Jacobini den höchsten preussischen Orden erhielt.

An sich wurde das Zurückweichen Deutschlands in der Karolinenfrage auch von den oppositionellen Parteien gebilligt, wie unzufrieden sie auch mit dem eingeschlagenen Wege sein mochten. Ganz unumwunden war die Zustimmung zu der ablehnenden Haltung Bismarcks einigen afrikanischen Erwerbungen gegenüber. So wurde nach eingehender Prüfung Englands älterer Anspruch auf die Lucia-Bucht an der Zulu-Küste, die der Reisende Einwald 1884 für Lüderitz angekauft hatte, anerkannt, und ebenso die Souveränität über einige von dem Stuttgarter Colin erworbenen Gebiete in Senegambien Frankreich gegenüber nicht aufrecht erhalten. Herbert Bismarck und der Botschafter Courcel vereinbarten am 24. Dezember 1885 ein Protokoll, durch welches sowohl diese Frage wie die Abgrenzungen in einigen anderen Kolonialgebieten geordnet wurden; an der Biafrabai sollte die Mündung des Campo die

Die päpstliche Vermittlung.

Verhandlung mit Frankreich.

Der  
Südgrenze  
Frankreich  
erkannte  
die Inseln  
Mi  
Fragen  
Kamerun  
Rey aus  
fernere G  
hoffen dur  
die sich v  
Die Stad  
brannt, d  
gefangen  
Knorr, d  
bewogen,  
und Hict  
wurde v  
erforderli  
eine geor  
afrikanisc  
gebildet h  
tage das  
barkasse  
des von  
sie am  
während  
late in  
langt wi  
wurden.  
Beamte  
Errichtun  
Oppositi  
Schutzge  
aufgewa  
der Bun  
fassen k  
die an  
schloß d  
und für  
die Zeit  
wurde a  
We  
Schutzbr  
an deren  
von ihm  
Butte

Südgrenze des deutschen Gebietes sein; an der Sklaventküste verzichtete Frankreich auf Klein-Povo und Porto Segaro; in Australien endlich erkannte Deutschland Frankreichs Vorrecht auf die Neuen Hebriden und die Inseln unter dem Winde an.

Mit England war eine ähnliche Verständigung über afrikanische Fragen im Mai 1885 erzielt. Als westliche Grenze des deutschen Kamerungebietes wurde dadurch eine von der Mündung des Rio del Rey ausgehende Linie festgesetzt. Der Verzicht Englands auf jede fernere Einmischung daselbst war von erheblicher Bedeutung, da man hoffen durfte dadurch einer Erneuerung der blutigen Auftritte vorzubeugen, die sich vom 20.—22. Dezember 1884 in Kamerun abgespielt hatten. Die Stadt des Königs Bell war von den Hickory- und Jofnegern verbrannt, die deutsche Flagge beschimpft, ein Agent Boermanns, Pantenius, gefangen weggeschleppt worden. Dadurch fand sich der Vizeadmiral Knorr, der mit zwei Kriegsschiffen auf der Rede von Kamerun anlangte, bewogen, einige Hundert Mann auszuschiffen, Jof's Stadt zu erstürmen und Hickory zu bombardieren; Pantenius zu retten gelang nicht; er wurde von den Negern ermordet. Ohne Zweifel war es dringend erforderlich die Autorität des Reiches wie mit den Waffen, so auch durch eine geordnete Verwaltung zu sichern. Nach den Vorschlägen des westafrikanischen Syndikats, das die beteiligten Kaufleute im Oktober 1884 gebildet hatten, sollte ein kaiserlicher Gouverneur ernannt und vom Reichstage das Geld für den Bau eines Küstendampfers und einer Dampfbarkasse gefordert werden. Da diese Anträge sich innerhalb der Grenzen des von Bismarck im Juni 1884 entwickelten Programmes hielten, wurde sie am 10. Januar 1885 auch von den Deutschfreisinnigen bewilligt, während die Summen, die zur Umwandlung einiger überseeischer Konsulate in Generalkonsulate sowie zur Begründung neuer Konsulate verlangt wurden, auf großen Widerstand stießen und zum Teil abgelehnt wurden. Ein anderer Nachtragskredit, der die Besoldungen für einige Beamte in Kamerun, Tongo und Angra Pequena sowie Mittel zur Errichtung von Wohngebäuden für dieselben forderte, veranlaßte die Opposition in der Kommission Auskunft über die rechtliche Stellung der Schutzgebiete und besonders über deren Beitragspflicht zu den für sie aufgewandten Kosten zu erbitten; Bismarck verweigerte dieselbe aber, da der Bundesrat darüber noch keinen Beschluß gefaßt habe und auch nicht fassen könne, solange ihm nicht amtliche Berichte über die Erfahrungen, die an Ort und Stelle gemacht seien, vorlägen. Die Kommission beschloß darauf nur eine Pauschalsumme von  $\frac{1}{4}$  Million zu bewilligen und für den nächsten Etat speziellere Vorlagen, insbesondere auch über die Beitragspflicht der Schutzgebiete zu verlangen und dieser Antrag wurde am 2. März fast einstimmig angenommen.

Wenige Tage früher, am 27. Februar, hatte der Kaiser einen neuen Schutzbrief ausgestellt, den die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“, an deren Spitze Dr. Peters und Graf Behr-Bandelin standen, für die von ihnen in dem Hinterlande des Sultanats von Zanzibar erworbenen

Verständigung  
mit England.

Unruhen in  
Kamerun.

Budgetforde-  
rungen für die  
Kolonien.

Ostafrika.

Verwickelungen  
mit Zanzibar.

Gebiete Utagara, Nguru u. s. f. erbeten hatten. Da sich Verwickelungen mit dem Sultan Said Bargasch voraussehen ließen, war schon im Oktober 1884 der Afrikareisende Kohn als Generalkonsul nach Zanzibar geschickt worden. Er stieß dort aber auf sehr große Schwierigkeiten, da sein englischer Kollege Kirk den Sultan zum Widerstand ermutigte, und zwar mit Wissen seiner Regierung, die in Berlin geltend machte, daß die Sultane von Zanzibar seit Jahrzehnten unter ihrem Einfluß ständen. Als Bismarck darauf erwiderte, daß die Kongo-Konferenz die Unabhängigkeit Zanzibars ausdrücklich anerkannt habe, gab Granville in diesem Punkte nach; der Sultan aber richtete am 27. April ein Protesttelegramm an den Kaiser und schickte sich an in die deutschen Schutzlande einzufallen; auch das Gebiet des Sultans von Witu, welches der Reisende Denhardt erworben hatte, beanspruchte er als einen Teil seines Reiches. Darauf wurde in Berlin beschlossen Kohns durch den Konsul in Kanton, Travers, zu ersetzen und ein Panzergeschwader nach Zanzibar zu senden, das am 7. August dort eintraf und in wenigen Tagen die Anerkennung der deutschen Forderungen durch den Sultan erreichte. Gegen Ende des Jahres schloß er einen förmlichen Freundschafts- und Handelsvertrag mit dem Deutschen Reiche ab; zur Prüfung seiner territorialen Ansprüche war auf Bismarcks Antrag eine gemischte Kommission gebildet, in der England und Frankreich vertreten waren, die ihre Arbeiten jedoch erst 1886 beendeten; schon im Oktober 1885 hatte der Sultan aber den Hafen von Dar-es-Salam unter Vorbehalt seiner Souveränität der ostafrikanischen Gesellschaft zur Benutzung eingeräumt. Diese entwickelte eine außerordentliche Thätigkeit in der Erwerbung weiterer Landschaften, so daß ihr Gebiet sich im Laufe des Jahres nicht allein bis zum Kilimandscharo und der Witugrenze hin erstreckte, sondern auch der angebliche Großsultan der Somali ihr die ausgedehntesten Privilegien an der ganzen Somaliküste abtrat. Über die Verwertbarkeit dieser Erwerbungen herrschten freilich erhebliche Zweifel, nicht minder über die Rechtsgültigkeit derselben, deren Anerkennung durch den Reichskanzler vorerst ausblieb, da das Ergebnis der Arbeiten der gemischten Kommission abgewartet werden mußte. Besondere Ursache zum Mißtrauen flößte die ostafrikanische Gesellschaft aber dadurch ein, daß ihre Unternehmer nicht, wie die Hamburger Häuser in Kamerun oder die Neuguineagesellschaft, mit eigenen Mitteln ihre Pläne durchzuführen willens schienen, sondern sich an das große Publikum wandten und dasselbe zum Erwerb von Anteilscheinen aufforderten; je umfangreicher die Landerwerbungen waren, um so unvorteilhafter mußte der Zweifel an der eigenen Kapitalkraft der Gesellschaftsgründer wirken, zumal der Umstand, daß Lüderitz seinen Besitz in Südwestafrika nicht allein zu halten vermochte, sondern ihn an Engländer verkauft haben würde, wenn sich nicht eine deutsche Gesellschaft gebildet hätte um ihm denselben abzunehmen, deutlich genug bewies, daß die Durchführung kolonialer Pläne bedeutende Mittel erfordere.

Abschwächung  
des Kolonial-  
enthusiasmus.

Die populäre Begeisterung, welche die Kolonialpolitik in ihren ersten Anfängen hervorrief, war naturgemäß mit der Zeit verblaßt, und manche

De  
Erfahrung  
Nachtigal  
die Konf  
zu einer  
tretung de  
Sommers  
bei jeder  
habe, we  
deutschen  
Reich wer  
niemand  
bescheiden  
deutschen  
noch viel  
Deutschla  
fähret w  
mit Fran  
Frage wo  
matie nid  
Bismarck  
vermeiden  
Als  
mit Fran  
Lage Ag  
deutsche  
marck De  
Verständ  
dann wä  
dem Abb  
und Oste  
um seinen  
in der äg  
Verlange  
Finanzre  
Bismarck  
nachdem  
durch die  
englische  
Mächte.  
der Neut  
nur auf  
nach un  
friedigen  
Brisson  
raischend  
August

Erfahrungen, vor allem die mörderische Wirkung des Klimas, dem auch Nachtigal am 20. April 1885 zum Opfer fiel, die Kämpfe in Kamerun, die Konflikte in Zanzibar und Samoa, der Karolinenstreit, ermahnten zu einer nüchternen Behandlung der Sache. Für die diplomatische Vertretung der Kolonialpolitik war allerdings die nationale Agitation des Sommers 1884 nicht ohne Wert gewesen und Fürst Bismarck betonte bei jeder Gelegenheit, daß er nur dann festen Boden unter den Füßen habe, wenn Volk und Reichstag ihn kräftig unterstützten. Daß die deutschen Besitzungen in absehbarer Zeit ein Element der Stärke für das Reich werden könnten, wagte doch nach dem Versliegen des ersten Rausches niemand mehr zu hoffen; genug wenn sie in langsamer Entwicklung in bescheidenem Maße zur Mehrung des Nationalwohlstandes und des deutschen Ansehens beitragen konnten; zunächst erforderten sie jedenfalls noch viele Opfer, die sich im besten Fall mittelbar lohnen mochten. Daß Deutschlands politisches Ansehen zeitweilig dadurch eher erhöht als gefährdet war, ließ sich angesichts der Kongokonferenz, des Einvernehmens mit Frankreich, der Nachgiebigkeit Englands unbedenklich behaupten; die Frage war nur, ob bei einer schwächeren Leitung der deutschen Diplomatie nicht die entgegengesetzte Wirkung eintreten werde, da doch selbst Bismarck eine solche Schlappe wie in dem Karolinenstreit nicht hatte vermeiden können.

Als wirksamstes Mittel um England zum Rückzug zu zwingen und mit Frankreich gute Beziehungen zu unterhalten hatte dem Kanzler die Lage Ägyptens gedient. Als Granville im Frühjahr 1884 zauderte die deutsche Schutzherrschaft in Angra Pequena anzuerkennen, machte Bismarck Deutschlands Beteiligung an der Londoner Konferenz von der Verständigung zwischen England und Frankreich abhängig und stand dann während der Beratungen fest an Frankreichs Seite. Auch nach dem Abbruch derselben gingen beide Mächte, und mit ihnen Rußland und Österreich, Schritt für Schritt zusammen, und Bismarck forderte um seinen Einfluß zu verstärken gemeinsam mit Rußland Sitz und Stimme in der ägyptischen Staatsschuldenkommission. Dem bestimmt ausgesprochenen Verlangen mußte England sich am Ende fügen und darüber hinaus seine Finanzreformvorschläge zu Gunsten der französischen, deren Annahme Bismarck bei Rußland und Österreich befürwortete, umändern. Erst nachdem die starke Spannung, die im Januar und Februar 1884 herrschte, durch die Sendung Herbert Bismarcks beseitigt war, kam die französisch-englische Konvention zustande und erhielt die Zustimmung der anderen Mächte. Auch in der Konferenz, die am 30. März in Paris wegen der Neutralisierung des Suezkanals zusammentrat, konnte England fast nur auf Italiens Beistand zählen, wenn auch während dieser Beratungen nach und nach Deutschlands Beziehungen zu Großbritannien sich befriedigend gestalteten, während das Verhältnis zu dem Ministerium Brisson kühl wurde. Die veränderte Situation gab sich sehr überraschend dadurch kund, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung Anfang August wieder einmal auf die kriegslustige Stimmung Frankreichs hin-

Deutschland  
und Ägypten.

wies, und daß England Deutschlands Anspruch auf die Karolinen unzweideutig unterstütze.

Auslieferungs-  
verträge mit  
Rußland.

Die guten Beziehungen zu Rußland, die durch die Zusammenkunft in Skierniewice neu bekräftigt waren, fanden ihren Ausdruck auch in einem Vertrage vom 13. Januar 1885, durch den Preußen sich verpflichtete Personen, welche eines Attentates oder auch nur einer Beleidigung an dem Zaren oder einem Mitgliede seiner Familie verübt beschuldigt seien, auszuliefern. Mit der erheblichen Abschwächung, daß statt der bloßen Beschuldigung die Verurteilung gefordert wurde, sollte dieser Vertrag nach einem Abkommen vom 20. März auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Doch wurde er dem Reichstag so spät vorgelegt, daß er nicht mehr zur Beratung kam. Großes Aufsehen erregte es, daß infolgedessen Rußland Bayern einlud nach Preußens Vorgang mit ihm einen Partikularvertrag abzuschließen und daß Bayern darauf am 1. Oktober einging. Die zweite Kammer erklärte sich zwar mit großer Mehrheit dagegen, aber da ihre Zustimmung nicht erforderlich war, änderte das an der Sache nichts.

Zusammen-  
kunft in Krem-  
sier.

In dem freundschaftlichen Verhältnis zu Österreich trat gleichfalls kein Wechsel ein. Nach der regelmäßigen Begegnung der beiden Kaiser in Gastein war Kalnoth im August 1885 einige Tage in Warzin, und daß bald darauf der Zar den österreichischen Kaiser in Kremstier besuchte (25. und 26. August) konnte, wenn Deutschland daselbst auch nicht vertreten war, doch als eine Befestigung der Allianz zwischen allen drei Kaiserstaaten gelten. Wenige Wochen später brach dann freilich die Revolution in Philippopel aus, deren Nachwirkungen einen Keil in dieses Bündnis treiben und dasselbe ernstlicher als je zuvor gefährden sollten. Während des Jahres 1885 trat das jedoch noch nicht zu Tage, und da der Karolinenstreit am Ende desselben völlig beigelegt und auch mit Frankreich durch den Abschluß der früher erwähnten Kolonialkonvention vom 24. Dezember ein freundschaftlicher Ausgleich erzielt war, so galt von den letzten Tagen des Jahres dasselbe, was Bismarck im Beginn trotz der Spannung mit England gesagt hatte: „Wir sind von Freunden umgeben in Europa. Ich will deshalb den Spruch Moltkes nicht bekämpfen: aber wir sind von Regierungen umgeben, die mit uns das gleiche Interesse haben den Frieden zu erhalten. Es giebt keine einzige Regierung, die einen Krieg besser vertragen könnte als die deutsche, und wenn eine andere glaubt ohne Schädigung ihrer sonstigen Interessen den Frieden Europas brechen zu können, so würde Deutschland immer sagen dürfen: wir können das noch eher, wir sind nur gewissenhafter und nehmen mehr Rücksicht.“

Friedliche Lage.

Mit  
außen kom  
Politik B  
gegen den  
lor ihre E  
zurückgega  
von der s  
noch 35  
schluß na  
eigenen re  
verbandes  
indem sie  
und durch  
deutung d  
noch keine  
insbesond  
und Vert  
durch die  
doch scho  
in der B  
staaten z  
an, dem  
Verschieb  
Wahl des  
freikonfer  
früher di  
Ein ande  
gleichzeit  
Budgetbe  
ungewöh  
zu bieten  
äußersten  
Katholiken  
Jude vo  
kommend  
gesetz d  
der kirch  
Bestimm  
Centrum  
der Mai  
tonte, da  
sei, daß  
langten,  
könne, n